

## **Kernprojekt II/1: Die Internationale Organisation des demokratischen Friedens**

### **Forschungsgegenstand und -ziele**

Das Projekt vergleicht internationale Organisationen mit Blick auf ihre „zivilisierenden“ Wirkungen (Norbert Elias). Zur Identifizierung von Vergleichspunkten knüpft es an jüngere Ergebnisse aus der Kriegsursachenforschung an. Demnach sind Auseinandersetzungen zwischen Staaten dann besonders gewaltanfällig, (a) wenn ihnen Territorial- oder Machtkonflikte zugrunde liegen, (b) wenn die Konfliktparteien auf unilaterale Selbsthilfestrategien zurückgreifen, oder (c) wenn sich ihre Beziehungen insgesamt polarisieren. Im Projekt untersuchen wir, ob Organisationen zwischen Demokratien zuverlässiger die drei genannten Risikofaktoren entschärfen als Organisationen mit gemischter oder ausschließlich autokratischer Mitgliedschaft. Wenn dies der Fall sein sollte, dann wären interdemokratische Organisationen ein wesentlicher und bislang in der Forschung vernachlässigter Faktor zur Erklärung des demokratischen Friedens.

Die „Sonnenseite“ interdemokratischer Institutionen darf nicht darüber hinweg täuschen, dass die stabile Kooperation zwischen Demokratien auch mit friedensabträglichen Wirkungen im Verhältnis zu ihrer nicht-demokratischen Umwelt einhergehen könnte. Diesem antinomischen Effekt widmet sich ein Ergänzungsprojekt, das die Erosion parlamentarischer Kontrollmechanismen als Folge institutionalisierter Kooperation untersucht (Teilprojekt Entdemokratisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch Internationale Organisationen). Dieses Ergänzungsprojekt ist für das Verständnis interdemokratischer Institutionen von zentraler Bedeutung, weil es mit den problematischen Rückwirkungen internationaler Kooperation auf die demokratische Qualität der Politik zugleich die mögliche Neutralisierung eines der von der Theorie des Demokratischen Friedens identifizierten gewalthemmenden Mechanismen in den Blick nimmt.

Das Kernprojekt leistet, indem es die zivilisierende Wirkung interdemokratischer Institutionen nachzuweisen sucht, für die gesamte Forschungsgruppe II Grundlagenarbeit. Es ist auf die kritische Ergänzung um Studien angelegt, die zum einen die Bedeutung interdemokratischer Institutionen für die Ausdehnung des demokratischen Friedens analysieren (Kernprojekt II). Zum anderen können die Ergebnisse des Projekts genutzt werden, um besser zu verstehen, warum interdemokratische Institutionen gegenüber ihren Mitgliedern eine höhere Bindewirkung entfalten als internationale Institutionen mit gemischter Mitgliedschaft wie beispielsweise die Vereinten Nationen (Kernprojekt III).

### **Forschungsstand**

Das Projekt zur „Internationalen Organisation des demokratischen Friedens“ liegt an der Schnittstelle zu vier Forschungsfeldern: (a) „Demokratischer Frieden“, (b) „Internationale Institutionen“, (c) „pluralistische Sicherheitsgemeinschaften“ und (d) „Kriegsursachen“.

Zu a: Die Arbeiten zum demokratischen Frieden ruhen zwar auf einem robusten empirischen Fundament – die Gewaltanfälligkeit interdemokratischer Beziehungen ist tatsächlich außergewöhnlich gering –, allerdings steht eine überzeugende Erklärung dieses Befundes nach wie vor aus (vgl. Geis 2001; MacMillan 2003; Müller 2002). Dies mag damit zusammenhängen, dass in der Forschung mit Ausnahme der Arbeiten von Thomas Risse (vgl. Risse-Kappen 1995, 1996) die Natur interdemokratischer Beziehungen als erklärende Variable vernachlässigt worden ist. Während sich aber Thomas Risse vor allem auf die sozialpsychologische Analyse von Gruppenbildungsprozessen stützt, mit deren Hilfe er versucht, die Herausbildung einer stabilen Wir-Identität zwischen Demokratien und deren gruppeninternen Gewaltverzicht zu erklären, nähert sich unserer Projekt dem-

selben Phänomen aus der Perspektive internationaler Institutionen. Wir wollen wissen, ob ein Zusammenhang zwischen der geringen Gewaltanfälligkeit interdemokratischer Beziehungen und der Art und Weise ihrer Verregelung besteht. Dabei können wir an der Beobachtung anknüpfen, dass es nirgendwo sonst in der Weltpolitik ein vergleichbar dichtes Netz an Organisationen und Regimen gibt wie in demokratischen Friedenszonen (Rittberger 1987: 9f; Senghaas 2000: 407).

Zu b: An der Frage, ob internationale Institutionen überhaupt geeignet sind, das internationale Kriegsvorkommen zu reduzieren, scheiden sich die Geister. Auf der einen Seite stehen die Skeptiker, welche die zivilisierenden Wirkungen internationaler Regelwerke gering schätzten. Sie finden sich zur Zeit vor allem im amerikanischen Sprachraum (vgl. Geller/Singer 1998: 136; Mearsheimer 1994/95: 7; Schweller 2001: 182-183). Aber auch deutsche Wissenschaftler wie Helga Haftendorn (1997: 26), Werner Link (2002: 42) oder Reinhard Wolf (2001: 69-71) warnen vor der sicherheitspolitischen Überschätzung internationaler Institutionen. Auf der anderen Seite gibt es in den IB eine lange Forschungstradition, deren Vertreter internationalen Institutionen die Überwindung des Sicherheitsdilemmas und die Einhegung revisionistischer Gewaltstaaten durch Systeme kollektiver Sicherheit zutrauen (vgl. Czempiel 1998: 109; Rittberger 1993: 18-21; Senghaas 1995: 209-211). Allerdings wird auch von den Optimisten eingeräumt, dass die empirische Evidenz für ihre Erwartungen noch unzureichend ist (vgl. Ikenberry 1998/99; Keohane/Martin 1995: 40).

Worauf sie sich bislang stützen können, sind zum einen eine Reihe von Studien zu einzelnen Sicherheitsregimen im Kontext globaler Theoriedebatten und zum anderen die statistischen Analysen von Bruce Russett und seinen Kollegen (Russett et al. 1998; Russett/Oneal 2001: 157-196). Dabei gelang letzteren zwar erstmals ein Nachweis, dass zwischen der gemeinsamen Mitgliedschaft von Staaten in internationalen Organisationen und der geringen Gewaltanfälligkeit ihrer Beziehungen ein Zusammenhang besteht. Allerdings ist der Zusammenhang nur schwach ausgeprägt und wird von den Faktoren „demokratische Dyade“ und „wirtschaftliche Interdependenz“ überlagert (Russett/Oneal 2001: 172, Fn. 8). Der schwache Befund mag damit zusammenhängen, dass Bruce Russett und seine Kollegen in ihren Modellen nicht zwischen unterschiedlichen Arten von internationalen Institutionen unterscheiden. Im Ergebnis fällt so die Zusammensetzung der Mitgliedschaft internationaler Organisationen und Regime als Kontrollvariable aus. Es bleibt offen, ob homolog-demokratische Institutionen – also solche Organisationen und Regime, die nahezu ausschließlich von Demokratien aufrechterhalten werden – zuverlässiger kriegerische Auseinandersetzungen zwischen ihren Mitgliedern ausschließen als heterologe oder homolog-autokratische. Genau an dieser Stelle setzt unser Forschungsprojekt an. Dabei greift es die Vermutung von der besonderen Eignung von Demokratien zur regelgeleiteten Sicherheitskooperation auf, die in letzter Zeit vor allen von deutschen Wissenschaftlern formuliert, aber noch nicht überprüft wurde (vgl. Czempiel 1996: 96; Senghaas 1995: 216; Müller 1997: 368).

Zu c: In der Forschung zu „pluralistischen Sicherheitsgemeinschaften“ (Karl Deutsch) geht es um die Analyse von Staatengruppen, in denen Konflikte zuverlässig ohne militärische Gewaltandrohung oder –anwendung ausgetragen werden (vgl. Adler/Barnett 1998; Deutsch et al. 1957). In diesem Zusammenhang wird oftmals auf wichtige Funktionen internationaler Institutionen und die Vorzüge der demokratischen Verfasstheit der Mitgliedstaaten hingewiesen. Allerdings fehlen auch hier mit Ausnahme des Projekts von Emmanuel Adler und Michael Barnett (1998) systematische Vergleichsstudien. Außerdem finden sich in der vorliegenden Literatur mitunter erhebliche Abweichungen in den konkreten Erwartungen der Autoren. Während beispielsweise Thomas Risse (1996: 368) und Dieter Senghaas (2000: 409f) nur liberale Demokratien im eigentlichen Sinne für gemeinschaftsfähig halten, spielt die politische Verfassung bei Karl Deutsch (1995: 370f) und Timo Kivimäki (2001: 5) keine Rolle. Entscheidend seien Wertehomogenität, Empathie und Erwartungsverlässlichkeit. Mit Blick auf internationale Institutionen vertreten Emanuel Adler und Michael Barnett (1998: 46) die Auffassung, dass sie zwar für die Entwicklung pluralistischer Sicherheitsgemeinschaften wichtig seien. Allerdings verlieren sie an Bedeutung, wenn sich unter den Mitgliedern ein

stabiles „Wir-Gefühl“ herausgebildet habe. In ähnlicher Weise erscheinen bei Karl Deutsch und seinen Kollegen (1957: 56-67) Erwartungsverlässlichkeit und Gewaltfreiheit als Folge wechselseitiger Vertrautheit. Sie haben nur wenig mit internationalen Institutionen zu tun. Letztere dienen lediglich als Kommunikationskanäle und Entscheidungsforen, die von kollektiven Identitäten getragen werden. Demgegenüber vertreten Thomas Risse (1996: 367f) und Dieter Senghaas (2000: 405) die Meinung, dass internationale Institutionen zwar erst entstehen können, wenn das Sicherheitsdilemma zwischen Staaten entschärft ist. Dann aber verstärken sie die Kooperation der Gemeinschaftsmitglieder und wirken als „Rückversicherung für Erwartungsverlässlichkeit“ (Senghaas 1997: 564). In unserem Projekt wollen wir überprüfen, ob Sicherheitsinstitutionen zwischen Demokratien wirklich erst leistungsfähig sind, wenn das Sicherheitsdilemma aus institutionsfremden Gründen entschärft worden ist. Außerdem werden wir uns mit der These auseinandersetzen, dass Sicherheitsinstitutionen nebensächlich werden, wenn sich zwischen Demokratien ein „Wir-Gefühl“ entwickelt hat.

Zu d: In der Kriegsursachenforschung schließlich hat sich in den letzten Jahren die Einsicht durchgesetzt, dass Kriege am Ende komplexer Eskalationsprozesse stehen und dass wir die Dynamik dieser Prozesse verstehen müssen, wenn wir den Ausbruch bewaffneter Massenkongflikte zwischen Staaten erklären wollen. Es reicht mit anderen Worten nicht mehr aus, nur nach den „Correlates of War“ zu fragen (vgl. Bremer 1993; Hasenclever 2002; Vasquez 1993; 2000b). Vielmehr müssen wir rekonstruieren, warum Regierungen in der internationalen Politik immer wieder zu der Überzeugung gelangen, ihre Ziele nur mit der Steigerung des Gewalteinsetzes erreichen zu können. In diesem Zusammenhang ist es der Forschung gelungen, drei Risikofaktoren zu identifizieren: (a) Internationale Auseinandersetzungen sind dann besonders gewaltanfällig, wenn ihnen Territorial- oder Machtkongflikte zugrunde liegen (vgl. Vasquez 2000a, Gellner 2000; Rasler/Thompson 2000). So zeigen statistische Studien, dass das Kriegsrisiko zum einen bei Gebietsstreitigkeiten unverhältnismäßig hoch ist und dass es zum anderen mit abnehmender Machtdifferenz zwischen Rivalen signifikant steigt. (b) Internationale Auseinandersetzungen sind dann besonders gewaltanfällig, wenn Staaten ihre Ziele mit Hilfe unilateraler Kongfliktstrategien erreichen wollen (vgl. Leng 2000; Vasquez 2000b). Solche unilaterale Strategien der Selbsthilfe bestehen darin, in internationalen Kongflikten den Widerstand des Opponenten durch ständige Erhöhung des politischen, ökonomischen und als ultima ratio auch militärischen Drucks zu brechen. (c) Internationale Auseinandersetzungen sind dann besonders gewaltanfällig, wenn sich die Beziehungen der Kongfliktparteien polarisieren (vgl. Bercovitch/Jackson 1997; Brecher 1993; Vasquez 2000). Die Zahl der Politikfelder mit kompatiblen Interessen der Akteure nimmt ab, während die Zahl der Politikfelder zunimmt, in denen sie sich als Gegner gegenüber stehen.

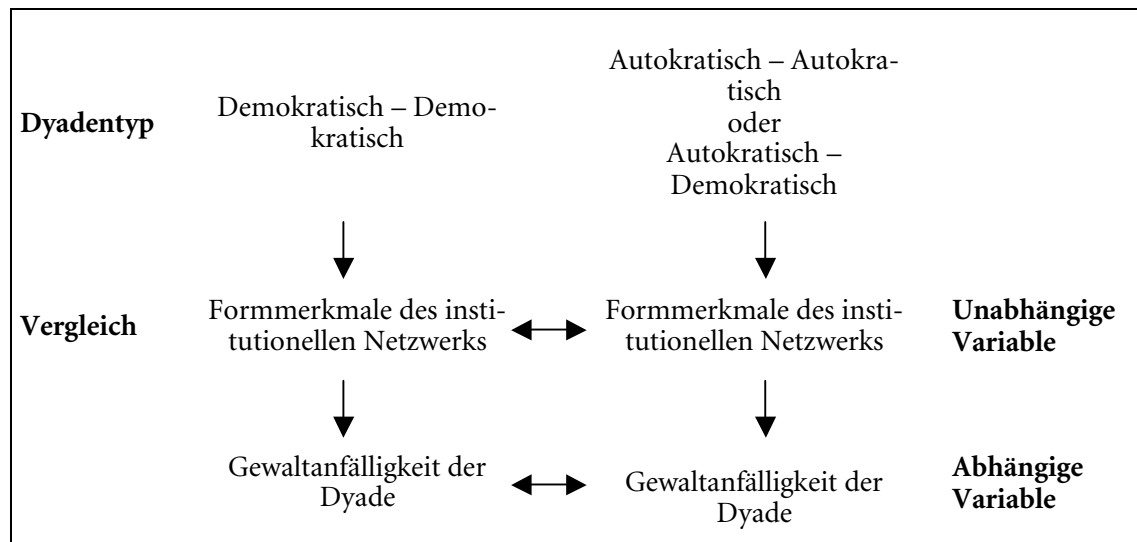
Im Projekt wollen wir nun untersuchen, ob interdemokratische Institutionen in besonderer Weise geeignet sind, die drei genannten Risikofaktoren zu minimieren. Sollte dies der Fall sein, dann würden sie Eskalationspfade blockieren und einen wichtigen Beitrag zur zivilen Kongfliktbearbeitung zwischen Demokratien leisten. Oder anders formuliert: In dem Maße, in dem interdemokratische Institutionen nachvollziehbar den Griff gewählter Regierungen zu militärischer Gewalt erschweren, nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass sie ihre Streitigkeiten auf andere Weise beilegen. Interdemokratische Institutionen könnten dann als wichtige Rahmenbedingungen interdemokratischer Kongfliktbearbeitung begriffen werden.

### **Forschungsdesign**

Das Projekt ist als kontrollierte Vergleichsstudie konzipiert (vgl. zur Methode George 1979; George/McKeown 1985; Van Evera 1997). Es erhebt Unterschiede in der Verregelung internationaler Dyaden nach Maßgabe der Verregelungsakteure – Demokratien und Nicht-Demokratien –, und fragt danach, ob diese Unterschiede für die geringe Gewaltanfälligkeit demokratischer Dyaden aus-

schlaggebend sind (vgl. Schaubild 1). Bei der Identifikation geeigneter Beobachtungspunkte zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit internationaler Organisationen greifen wir auf die referierten Befunde aus der Kriegsursachenforschung zurück. Unsere Ausgangsvermutung ist, dass Organisationen zwischen Demokratien aufgrund ihrer Formmerkmale besser geeignet sind, die Gewaltanfälligkeit der Mitgliederbeziehungen zu minimieren als andere internationale Organisationen; und zwar indem sie über das übliche Maß hinaus (a) die Stabilität sicherheitspolitischer Beziehungen erhöhen, (b) die Kooperation fördern und (c) die Autonomie individueller Politikfelder stärken.

Schaubild 1: Projektstruktur



Die Auswahl der Projektdyaden für die Vergleichsstudien haben wir in fünf Schritten vorgenommen: (a) Wenn die Wirkung internationaler Institutionen bei der Verringerung der Gewaltanfälligkeit internationaler Beziehungen zu erfassen ist, dann sollten Staatenpaare analysiert werden, in denen ein solches Gewaltisiko besteht. Deshalb konzentrieren wir uns auf Dyaden, deren Mitglieder zumindest zu Beginn des Untersuchungszeitraums (1945-2000) in der einschlägigen Literatur als „strategische Rivalen“ klassifiziert werden und in diesem Sinne als „gefährdete Dyaden“ zu bezeichnen sind (vgl. Colaresi/Thompson 2002; Thompson 2001). (b) Diese gefährdeten Staatenpaare sollten in ein möglichst dichtes und effektives institutionelles Setting eingebunden sein. Deshalb vergleichen wir Dyaden, deren Mitglieder entweder in der ASEAN und ARF, der NATO und EU oder der OAS und MERCOSUR organisiert sind. (c) Die Projektdyaden sollten sich im Hinblick auf das Engagement einer hegemonialen Macht mit Stabilitätsinteressen möglichst wenig unterscheiden. Aus diesem Grund untersuchen wir nur solche Staatenpaare, die im Einflussbereich der USA liegen und an deren Stabilität die USA ein Interesse haben. (d) Die Zusammensetzung der gefährdeten Dyaden sollten nach Maßgabe der Staatsform ihrer Mitglieder im Sinne der Fragestellung des Projekts hinreichend variieren. Nach Maßgabe unserer ersten vier Kriterien haben wir die folgenden fünf Kerndyaden identifiziert: Argentinien/Brasilien, Argentinien/Chile, Malaysia/Indonesien, Deutschland/Frankreich und Deutschland/Großbritannien. (e) Um schließlich die zivilisierenden Effekte interdemokratischer Institutionen in Abgrenzung zur politischen Verfassung ihrer Mitgliedstaaten besser abschätzen zu können, nehmen wir noch die japanisch-südkoreanischen und die griechisch-türkischen Beziehungen als zwei Kontrastdyaden in unsere Sample auf. Während die erste Kontrastdyade wegen ihrer schwachen Institutionalisierung geeignet ist, die Bedeutung gemeinsamer Institutionen für die geringe Gewaltanfälligkeit interdemokratischer Beziehungen in den neunziger Jahren zu überprüfen, bietet die zweite Kontrastdyade die

Möglichkeit, den Einfluss der demokratischen Verfasstheit von Mitgliedsstaaten auf die zivilisierende Wirkung internationaler Organisationen zu erfassen.

Schaubild 2: Verteilung der Dyadentypen nach demokratisch, gemischt und autokratischen Dyaden im Untersuchungszeitraum nach Polity IV

Staatendyade	D – D	D – ND	ND – ND
Argentinien – Brasilien	1985-2000	1945-1957 1958-1960 (Bra-Arg) 1973-1975 (Arg-Bra) 1983-1984 (Arg-Bra)	1961-1972 1976-1982
Argentinien – Chile	1989-2000	1945-1963 1964-1972 (Chi-Arg) 1973-1975 (Arg-Chi) 1983-1988 (Arg-Chi)	1976-1982
Malaysia – Indonesien		1957-1968 (Mal-Ind) 1999-2000 (Ind-Mal)	1969-1998
Deutschland – Frankreich	1949-2000		
Deutschland –Großbritannien	1949-2000		
Japan – Südkorea	1988-2000	1952-1987 (Jap-Südk)	
Griechenland – Türkei	1946-1948  1975-1979 (1989-2000)	1949-1953 (Tür-Gri) 1961-1970 (Tür-Gri) 1973-1974 (Tür-Gri) 1980-1988 (Gri-Tür)	1954-1960 1971-1972

### Hypothesen

Im Projekt konzentrieren wir uns auf zwei Formmerkmale internationaler Organisationen, nämlich auf den Umfang ihrer politischen Arenen und den Grad ihrer Vernetzung mit den Gesellschaften der Mitgliedstaaten. Der Arenenumfang einer Organisation ist dabei umso größer, je mehr Phasen des Politikzyklus – Problemformulierung, Formulierung von Lösungsoptionen, Verhandlung, Entscheidung, Implementation und Evaluation – im Rahmen der Organisation von den Mitgliedstaaten gemeinsam abgearbeitet werden. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang, ob politikrelevante Entscheidungen der Mitglieder innerhalb oder außerhalb einer Organisation getroffen werden. So

wurde beispielsweise im Mai 2002 der Umfang der politischen Arena des Ständigen Gemeinsamen NATO-Russland Rats im Politikzyklus erhöht. Bis zu diesem Zeitpunkt stimmten die 19 NATO-Staaten vor jeder Sitzung des 1997 gegründeten Gremiums ihre Positionen exakt ab, ohne Russland zu konsultieren. Diese Praxis hielt die russische Regierung auf Dauer für unerträglich. Sie sei von wichtigen Vorentscheidungen ausgeschlossen und nehme nicht als gleichberechtigter Partner am Verhandlungsprozess teil. Die Kritik wurde von den NATO-Mitgliedern ernst genommen. Seit Mai 2002 tagt der Gemeinsame Rat nicht mehr „19 zu 1“ sondern „zu zwanzig“. Vorabstimmung der 19 NATO-Staaten ohne Russland einzubeziehen soll es nicht mehr geben.

Unter der gesellschaftlichen Vernetzung internationaler Organisationen verstehen wir die faktische Einbindung privater und öffentlicher Akteure aus den Mitgliedsländern in die internationale Politikformulierung. Solche privaten und öffentlichen Akteure sind beispielsweise organisierte Interessengruppen, Wissenschaftsverbände, Parteien oder auch parlamentarische Gruppen und Vertreter von Fachbürokratien jenseits der außenpolitischen Entscheidungseliten, welche die Politikformulierung auf internationaler Ebene zumindest de jure dominieren. Mit zunehmender Vernetzung einer Organisation – erfassbar durch eine wachsende Zahl angeschlossener NGOs, der Verbesserung von Informations-, Zugangs- oder Mitspracherechten privater und öffentlicher Akteure, Öffentlichkeitsarbeit einer Organisation etc. – steigt die Möglichkeit dieser privaten und öffentlichen Akteure, ihren Interessen und Politikempfehlungen Gehör zu verschaffen. Gleichzeitig nimmt in den Gesellschaften der Mitgliedstaaten das Wissen um außenpolitische Entscheidungen und deren Auswirkungen auf die Innenpolitik ceteris paribus zu. Aus der Perspektive der außenpolitischen Eliten ist eine zunehmende Vernetzung internationaler Organisationen mit den Gesellschaften der Mitgliedstaaten ambivalent. Auf der einen Seite wird durch sie die Informationsdichte erhöht und verbessert sich damit die politische Steuerungsfähigkeit. Auf der anderen Seite nimmt der Einfluss autonomer gesellschaftlicher Akteure zu, wodurch die außenpolitischen Entscheidungsspielräume reduziert werden.

Grundsätzlich vermuten wir, dass der Umfang der politischen Arenen und der Vernetzungsgrad interdemokratischer Organisationen besonders groß ist, und dass dies ein wesentlicher Grund für die vergleichsweise geringe Gewaltanfälligkeit demokratischer Dyaden ist. Im Projekt werden wir deshalb drei Hypothesen überprüfen:

(H1): Je umfangreicher die kommunikative Arena internationaler Sicherheitsinstitutionen ist, und je stärker sie mit den nationalen Gesellschaften ihrer Mitglieder vernetzt ist, desto höher ist die sicherheitspolitische Stabilität der gefährdeten Staatendyaden, die im Einzugsbereich der Institution liegen.

(H2): Je umfangreicher die kommunikative Arena internationaler Institutionen jenseits der Sicherheitspolitik ist, und je stärker sie mit den nationalen Gesellschaften ihrer Mitglieder vernetzt sind, desto robuster ist die Kooperation der gefährdeten Staatendyaden, die im Einzugsbereich der Institutionen liegen.

(H3): Je höher der Vernetzungsgrad internationaler Institutionen mit den nationalen Gesellschaften, ihrer Mitglieder ist, desto ausgeprägter ist die Autonomie der Politikfelder der gefährdeten Staatendyaden, die in ihrem Einzugsbereich liegen.

## **Vorgehensweise**

Das Forschungsprogramm des Projekts wollen wir in drei Schritten abarbeiten: (1) Wir überprüfen, ob sich die Form der bilateralen und regionalen Institutionen, in welche die Projektdyaden eingebunden sind, tatsächlich entsprechend unseren Erwartungen unterscheiden. (2) Sollte dies der Fall sein, dann untersuchen wir, ob die demokratischen Projektdyaden krisenresistenter sind als die übrigen Staatenpaare. (3) Sollte auch dies der Fall sein, dann wollen wir wissen, ob sich die bemer-

kenswerte Krisenresistenz der demokratischen Projektdyaden auf die identifizierten Unterschiede in den Formmerkmalen der bilateralen und regionalen Institutionen zurückführen lässt.

Zum ersten Schritt: Zunächst erfassen wir systematisch die wichtigsten bilateralen und regionalen Institutionen, in welche die Projektdyaden eingebunden sind. Wir überprüfen, ob sich diese Institutionen hinsichtlich der beiden in den Hypothesen genannten Formmerkmale signifikant unterscheiden und ob sich die entdeckten Unterschiede auch in den Projektdyaden widerspiegeln. Besonderes Augenmerk werden wir dabei auf die griechisch-türkischen Beziehungen legen, weil diese Dyade in den letzten 30 Jahren konstant gewaltanfällig geblieben ist, obwohl sie über die NATO in eine hochinstitutionalisierte, von Demokratien dominierte Sicherheitsorganisation eingebunden war. Darüber hinaus erwarten wir, dass die Form der untersuchten Institutionen eine Funktion der politischen Verfassung ihrer Mitgliedstaaten ist. Deshalb sollten sich ihr Arenenumfang und ihre gesellschaftliche Vernetzung – mit einer gewissen Zeitverzögerung – dann ändern, wenn sich ihre Mitglieder zu stabilen Demokratien entwickeln. Diese Vermutung werden wir vor allem mit Blick auf die lateinamerikanischen und nordost-asiatischen Dyaden überprüfen.

Zum zweiten Schritt: Im zweiten Arbeitsschritt identifizieren wir für die Projektdyaden externe Krisen, die im Untersuchungszeitraum (1945–2000) auftraten und die nach dem Stand der Wissenschaft geeignet waren, die Stabilität internationaler Beziehungen zu gefährden, Kooperation zu untergraben und die Autonomie von Politikfeldern aufzuheben. Hierzu zählen beispielsweise wirtschaftliche Rezessionen oder einschneidenden Veränderungen in der internationalen oder regionalen Machtstruktur wie das Ende des Kalten Krieges. Im Projekt werden wir überprüfen, ob die demokratischen Dyaden krisenresistenter waren als die übrigen Staatenpaare. Hinsichtlich der Stabilität internationaler Beziehungen vermuten wir dabei, dass nach einem Schock bei demokratischen Staatenpaaren in einem deutlich geringeren Maß als bei den übrigen Dyaden Gleichgewichtspolitik und Rüstungswettläufe beobachtet werden können. Mitglieder demokratische Dyaden dürfen ihre Sicherheitspolitik nach einem Schock nicht an Worst-Case Szenarien ausrichten, sich wechselseitig böswillige Absichten unterstellen oder die Durchsetzung nationaler Interessen mit Waffengewalt androhen. Mit Blick auf internationale Kooperation jenseits des Politikfelds Sicherheit rechnen wir während und nach einer Krise bei demokratischen Dyaden mit keinem signifikanten Rückgang der Unterstützung internationaler Organisationen. Die Zahl der Arbeitstreffen sollte nicht reduziert werden, der Status der verantwortlichen Regierungsmitglieder sollte nicht abnehmen, die Vernetzung internationaler Organisationen mit den nationalen Bürokratien dürfte nicht qualitativ schlechter werden. Außerdem erwarten wir von Demokratien, dass sie internationale Vereinbarungen nach einem Schock weder aufkündigen noch die Investitionen in nationale Problemlösungsstrategien steigern. Mit Blick auf die Autonomie von Politikfeldern schließlich gehen wir davon aus, dass in demokratischen Dyaden nach einem Schock nicht verstärkt Issue-linkages auftreten. Bei allen übrigen Staatenpaaren ist demgegenüber damit zu rechnen, dass Blockaden in einem Politikfeld auf andere Felder überspringen und einen Polarisierungsprozess auslösen.

Zum dritten Schritt: Sollte sich unsere Vermutung von der größeren Robustheit interdemokratischer Beziehungen prima facie bewahrheiten, dann werden wir in einem dritten Schritt für die demokratischen Dyaden Prozessstudien durchführen, um unsere Hypothese zur höheren Leistungsfähigkeit ihrer Institutionen detailliert zu überprüfen. Konkret ginge es darum, die Bearbeitung von Schocks in und durch interdemokratische Institutionen zu untersuchen. So wäre zu erwarten, dass in solchen Situationen alle Beteiligten in einem höheren Maße als bisher die Einhaltung von Vereinbarungen und Verfahren der Handlungskoordination kontrollieren. Mögliche Abweichungen müssten in einem höheren Maße als sonst üblich begründungspflichtig sein. Desweiteren sollten in dem vom Schock betroffenen Politikfeld Krisentreffen zu beobachten sein, in denen die Auswirkungen des Schocks auf die bisherige Zusammenarbeit thematisiert und diskutiert werden. Unilaterale Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen sollten die Ausnahme bleiben. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass die beteiligten Staaten gemeinsame Antworten auf die aktuellen Herausforderun-

gen formulieren, die deutlich pfadabhängig sind, also im Einklang mit den Prinzipien und Normen stehen, die bislang für ein Politikfeld vereinbart worden waren. Schließlich müsste nach einem Schock ein verstärktes Engagement privater und öffentlicher Akteure in einem Politikfeld zu beobachten sein. Ihre Aktivitäten sollten nach unseren Erwartungen vor allem dazu führen, dass die Auswirkungen des Schocks auf die betroffenen Gesellschaften thematisiert werden und Regierungsvertreter mit entsprechenden Informationen versorgt werden. Gleichzeitig dürften entsprechende Beobachtungen für die gemischten oder autokratischen Dyaden nicht oder nur in abgeschwächter Form gemacht werden.

### **Forschungsertrag**

Das Projekt liegt an der Schnittstelle zu liberalen Ansätzen des demokratischen Friedens, konstruktivistischen Arbeiten zu Sicherheitsgemeinschaften, der Analyse internationaler Institutionen und der Kriegsursachenforschung. Es setzt den Befund des demokratischen Friedens – verstanden als die bemerkenswert geringe Gewaltanfälligkeit interdemokratischer Beziehungen – voraus und versucht, die aufgezeigten Erklärungsdefizite liberaler und konstruktivistischer Ansätze unter Rückgriff auf Befunde aus den beiden anderen Forschungszusammenhängen zu überwinden. Darüber hinaus will das Projekt einen Beitrag zur nach wie vor unterentwickelten Wirkungsanalyse internationaler Institutionen leisten. Hierzu knüpft es zwar an die stark kontrafaktisch orientierte Wirkungsforschung zu internationalen Umweltregimen an. Aus Mangel an metrischen Daten greift es aber auch auf traditionelle Verfahren des theorieorientierten Vergleichs zurück und versucht auf diese Weise Unterschiede in den sicherheitsrelevanten Leistungen internationaler Organisationen sichtbar zu machen. Indem wir das Augenmerk auf die internationale Organisation des demokratischen Friedens legen, wollen wir schließlich zeigen, dass die Herstellung und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen zwischen Staaten eine genuine Aufgabe der Politik ist und bleibt, für deren Bewältigung Demokratien zwar besonders geeignet sind, die sich gleichwohl nicht naturwüchsig aus ihrer inneren Verfassung ergibt. Damit bleibt die Organisation des demokratischen Friedens eine permanente Herausforderung für gewählte Regierungen, an der sie unter besonders ungünstigen Umständen auch scheitern können.

### **Teilprojekt ‚Entdemokratisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch Internationale Organisationen‘**

#### **Gegenstand**

Das Teilprojekt widmet sich einem antinomischen Effekt der internationalen Organisation zwischenstaatlicher Beziehungen, nämlich der Schwächung demokratischer Kontrolle im Bereich von Militäreinsätzen ‚out of area‘ als Folge einer Stärkung internationaler Organisationen. Aufbauend auf dem Kernprojekt zur internationalen Organisation des demokratischen Friedens, fragt das Teilprojekt nach den Rückwirkungen internationaler Organisationen auf die demokratische Qualität der beteiligten Mitgliedstaaten und, damit einhergehend, auf die Gewaltneigung von Demokratien.

Ganz generell verlagern sich mit der wachsenden Bedeutung internationaler Organisationen Entscheidungsprozesse aus den Institutionen des demokratischen Nationalstaates in die Institutionen internationaler Organisationen. Vor allem Forschungen zur Europäischen Union haben gezeigt, dass die Handlungsspielräume von Regierungen durch eine Europäisierung von Politikfeldern keineswegs eingeschränkt werden, wie das zunächst vermutet worden war. Vielmehr gehen Regierungen aus einer Verlagerung von Entscheidungen in europäische Institutionen häufig gestärkt hervor, weil sie gegenüber innerstaatlichen Akteuren an Handlungsspielräumen hinzugewinnen

(Moravcsik 1997). Für Regierungen kann die Stärkung gegenüber innerstaatlichen Akteuren sogar ein Motiv für die Europäisierung bzw. Internationalisierung von Politik liegen (Wolf 2000).

Eine Schwächung der parlamentarischen Kontrolle ist von der EU-Forschung insbesondere für den Bereich des Binnenmarktes konstatiert worden. Mittlerweile sind jedoch ähnliche Effekte auch für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erwarten. In einem wachsendem Maß sind die Armeen westlicher Demokratien in multinationalen Verbänden organisiert bzw. integriert. Eine solche Multinationalisierung wird seit den frühen neunziger Jahren sowohl in der NATO als auch in der EU vorangetrieben – nicht zuletzt um eine Renationalisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitiken zu verhindern. Unter den Stichworten „Pooling“ und Rollenspezialisierung zeichnet sich sogar eine sehr viel weitergehende Integration der nationalen Streitkräfte ab.

Für den Demokratischen Frieden ist diese Entwicklung alarmierend, denn mit der Schwächung der parlamentarischen Kontrolle in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird ein zentraler kausaler Mechanismus des Demokratischen Friedens unterminiert.

### **Ziele und Vorgehen**

Insgesamt sollen ca. 20 liberale Demokratien untersucht werden, die sich im Grad der parlamentarischen Kontrolle von Militäreinsätzen, der abhängigen Variable dieser Untersuchung, unterscheiden. Da diese Fallzahl für eine statistische Untersuchung zu klein und für qualitative Fallstudien zu groß ist, soll auf die Untersuchungsmethode der „fuzzy set social science“ (vgl. Ragin 2002) zurückgegriffen werden. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Hypothese, dass das unterschiedliche Ausmaß an militärischer Integration bzw. institutioneller Einbindung für die Unterschiede der parlamentarischen Kontrolle verantwortlich ist. Darüber hinaus soll der Einfluss dreier weiterer möglicher Erklärungsfaktoren bestimmt werden. Dabei handelt es sich

- um die Stabilität des demokratischen Systems, die sich über den Zeitpunkt der Demokratisierung operationalisiert. Dem liegt die Überlegung zugrunde, dass junge Demokratien, deren Transformation noch nicht lange zurückliegt, zu einem höheren Maß an institutioneller Kontrolle von Militäreinsätzen neigen, weil der Erfolg des Transformationsprozesses unsicherer und damit das Vertrauen in Regierung und Militär geringer ist als in stabilen Demokratien.
- um den Ausgang der letzten bedeutenden Beteiligung an einem militärischen Konflikt. Diese „lessons learnt-Hypothese“ beruht auf der Vermutung, dass der Erfolg bzw. Misserfolg eines Militäreinsatzes wesentlichen Einfluss darauf hat, ob sich das Streben der Regierung und der militärischen Führung nach maximaler Entscheidungsfreiheit gegenüber dem Parlament durchsetzen kann.
- um eine eventuelle koloniale Vergangenheit eines Landes. Diese Hypothese berücksichtigt die Pfadabhängigkeit der parlamentarischen Kontrolle über das Militär von der Rolle eines Landes während des Kolonialismus/Imperialismus. Hintergrund ist die Überlegung, dass Kolonialmächte während der Kolonialzeit starke Anreize zur Institutionalisierung eines geringen Maßes an parlamentarischer Kontrolle über Militäreinsätze hatten, um eine militärische Absicherung und/oder Erweiterung ihres Kolonialbesitzes zu erleichtern.

### **Erwarteter Ertrag**

Die Ergebnisse des Projekts leisten einen Beitrag zu mehreren Debatten innerhalb der Forschung zum Demokratischen Frieden. Zunächst einmal ergänzt das Projekt die Bemühungen, die in der statistischen Analyse verdeckten Unterschiede zwischen Demokratien zu beleuchten. Darüber hinaus knüpft es an Forschungen an, die demokratische Regierungssysteme nicht nur hinsichtlich ihrer Wirkungen auf die internationale Politik untersuchen, sondern Demokratien (und ihre Varianten)

selbst auch als Ergebnis internationaler Politik verstehen. Schließlich sind die Ergebnisse des Projekts bedeutsam für die Debatte, ob die verschiedenen Dimensionen des Kantschen Friedensprojektes als harmonischer, sich wechselseitig verstärkender „Engelskreis“ zu begreifen ist, wie dies vor allem von Bruce Russett und John Oneal behauptet wird, oder ob es innerhalb der verschiedenen Friedensfaktoren inhärente Spannungen gibt.

### **Projektbearbeiter/innen**

Dieses Kernprojekt bearbeiten drei wissenschaftliche Mitarbeiter auf voller Stelle, Dr. Matthias Dembinski, Dr. Andreas Hasenclever und Dr. Wolfgang Wagner, sowie eine Promovendin, Katja Freistein.

### **Laufzeit und Finanzierung**

Ein Drittmittelantrag für den Hauptteil wurde im April 2004 an die Deutsche Stiftung Friedensforschung gestellt. Der beantragte Zeitraum umfasst Januar 2005 – Ende 2006. Im Ergänzungsprojekt wurden im Jahr 2004 Vorarbeiten durchgeführt. Für 2005 ist ein Drittmittel-Antrag geplant.

### **Literatur**

- Adler, Emanuel/Barnett, Michael 1998: A Framework for the Study of Security Communities, in: Adler, Emanuel/Barnett, Michael (Hg.): Security Communities, Cambridge, 29-65.
- Bercovitch, Jacob/Jackson, Richard 1997: International Conflict. A Chronological Encyclopedia of Conflicts and Their Management 1945-1995, Washington D.C.
- Brecher, Michael 1993: Crises in World Politics: Theory and Reality, New York.
- Bremer, Stuart A. 1993: Advancing the Scientific Study of War, in: International Interactions 19: 1-2, 1-26.
- Colaresi, M/Thompson, WR 2002: Strategic Rivalries, Protracted Conflict, and Crisis Escalation, in: Journal of Peace Research 39: 3, 263-288.
- Czempiel, Ernst-Otto 1996: Kants Theorem, oder: Warum sind die Demokratien (noch immer) nicht friedlich?, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3: 1, 79-102.
- Czempiel, Ernst-Otto 1998: Friedensstrategien: Eine systematische Darstellung außenpolitischer Theorien von Machiavelli bis Madariaga, 2. Auflage, Opladen.
- Deutsch, Karl W. 1995: Frieden und die Problematik politischer Gemeinschaftsbildung auf internationaler Ebene, in: Senghaas, Dieter (Hg.): Den Frieden denken. Si vis pacem, para pacem, Frankfurt am Main, 363-382.
- Deutsch, Karl W. et al. 1957: Political Community and the North Atlantic Area. International Organization in the Light of Historical Experience, Princeton.
- Geis, Anna 2001: Diagnose: Doppelbefund – Ursache: ungeklärt? Die Kontroversen um den demokratischen Frieden, in: Politische Vierteljahresschrift 42:2, 282-298.
- Geller, Daniel S. 2000: Explaining War. Empirical Patterns and Theoretical Mechanisms, in: Midlarsky, Manus I. (Hg.): Handbook of War Studies II, Ann Arbor, 407-449.
- Geller, Daniel S./Singer, David J. 1998: Nations at War. A Scientific Study of International Conflict, Cambridge.
- George, Alexander 1979: Case Studies and Theory Development: The Method of Structured, Focused Comparison, in: Lauren, Paul Gordon (Hrsg.): Diplomacy – New Approaches in History, Theory, and Policy, New York, 43-68.
- George, Alexander L./ McKeown, Timothy J. 1985: Case Studies and Theories of Organizational Decision Making, in: Sproull, L. S./Larkey, P. D. (Hg.): Advances in Information Processing in Organizations, Vol. 2, Greenwich, 21-58.
- Haftendorn, Helga 1997: Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen. Eine Einführung, in: Haftendorn, Helga/Keck, Otto (Hg.): Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den Internationalen Beziehungen, Baden-Baden, 11-34.
- Hasenclever, Andreas 2002: Sie bewegt sich doch. Neue Erkenntnisse und Trends aus der quantitativen Kriegsursachenforschung, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 9: 2, 331-364.

- Hasenclever, Andreas 2003: Ansätze zum Demokratischen Frieden, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hg.): Theorien der Internationalen Beziehungen: Eine Einführung, Opladen, 199-226.
- Ikenberry, John G. 1998/1999: Institutions, Strategic Restraint, and the Persistence of American Postwar Order, in: *International Security* 23: 3, 43-78.
- Keohane, Robert O./Martin, Lisa 1995: The Promise of Institutional Theory, in: *International Security* 20:1, 39-51.
- Kivimäki, Timo 2001: The Long Peace of ASEAN, in: *Journal of Peace Research* 38:1, 5-25.
- Leng, Russell J. 2000: Escalation: Crisis Behavior and War, in: Vasquez, John A. (Hg.): *What Do We Know About War*, Lanham, 235-258.
- Link, Werner 2002: Hegemonie und Gleichgewicht der Macht, in: Ferdowsi, Mir A. (Hg.): *Sicherheit und Frieden zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Konzeptionen – Akteure – Regionen*, München, 39-56.
- MacMillan, John 2003: Beyond the Separate Democratic Peace, in: *Journal of Peace Research* 40: 2, 233-243.
- Mearsheimer, John J. 1994/95: The False Promise of International Institutions, in: *International Security* 19: 3, 5-49.
- Moravcsik, Andrew 1997: Warum die Europäische Union die Exekutive stärkt: Innenpolitik und internationale Kooperation, in: Wolf, Klaus Dieter (Hrsg.): *Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union*, Baden-Baden: Nomos, 211-269.
- Müller, Harald 1997: Erfordernisse einer „friedlichen Militärordnung“, in: Senghaas, Dieter (Hg.): *Frieden machen*, Frankfurt am Main, 362-375.
- Müller, Harald 2002: Antinomien des demokratischen Friedens, in: *Politische Vierteljahresschrift* 43 1: 46-81.
- Ragin, Charles 2000: *Fuzzy-Set Social Science*, Chicago/London: University of Chicago Press.
- Rasler, Karen/Thompson, William R. 2000: Explaining Rivalry Escalation to War. Space, Position, and Contiguity in the Major Power Subsystem, in: *International Studies Quarterly* 44: 3, 503-530.
- Risse-Kappen, Thomas 1995: Democratic Peace – Warlike Democracies? A Social Constructivist Interpretation of the Liberal Argument, in: *European Journal of International Relations* 1: 4, 491-517.
- Risse-Kappen, Thomas 1996: Collective Identity in a Democratic Community: The Case of NATO, in: Katzenstein, Peter J. 1996: *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*, New York, 357-399.
- Rittberger, Volker 1993: Research on International Regimes in Germany: The Adaptive Internalization of an American Social Science Concept, in: Rittberger, Volker (with the assistance of Peter Mayer) (Hg.): *Regime Theory and International Relations*, Oxford, 3-22.
- Russett, Bruce/Oneal, John R 2001: *Triangulating Peace: Democracy, Interdependence, and International Organizations*, New York.
- Russett, Bruce/Oneal, John R./Davis, David R. 1998: The Third Leg of the Kantian Tripod: International Organizations and Militarized Disputes, 1950-1985, in: *International Organization* 52: 3, 441-467.
- Schweller, Randall L. 2001: The Problem of International Order Revisited, in: *International Security* 26: 1, 161-186.
- Senghaas, Dieter (Hg.) 1997: *Frieden machen*, Frankfurt am Main.
- Senghaas, Dieter 1995: Frieden als Zivilisationsprojekt, in: Senghaas, Dieter (Hg.): *Den Frieden denken. Si vis pacem, para pacem*, Frankfurt am Main, 196-223.
- Senghaas, Dieter 2000: Friedenszonen, in: Kaiser, Karl/Schwarz, Hans-Peter (Hg.): *Weltpolitik im neuen Jahrhundert*, 2. Auflage, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 404-413.
- Thompson, William R. 2001: Identifying Rivals and Rivalries in World Politics, in: *International Studies Quarterly* 45:4, 557-586.
- Van Evera, Stephen 1997: *Guide to Methods for Students of Political Science*, Ithaca/London.
- Vasquez, John A. 1993: *The War Puzzle*, Cambridge.
- Vasquez, John A. 2000a: Reexamining the Steps to War: New Evidence and Theoretical Insights, in: Midlarsky, Manus I. (Hg.): *Handbook of War Studies II*, Ann Arbor, 371-406.
- Vasquez, John A. 2000b: What Do We Know About War, in: Vasquez, John A (Hg.): *What Do We Know About War*, Lanham, 335-370.
- Wolf, Klaus Dieter 2000: *Die Neue Staatsräson – Zwischenstaatliche Kooperation als Demokratieproblem in der Weltgesellschaft*, Baden-Baden: Nomos.
- Wolf, Reinhard 2001: Was hält siegreiche Verbündete zusammen? Machtpolitische, institutionelle und innenpolitische Faktoren im Vergleich, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 7: 1, 33-78.